

# Euro-Enten

## ● Vorurteile und Falschmeldungen zu Europa

**Bei Europa-Veranstaltungen hat sich gezeigt, daß immer wieder dieselben populistischen Vorurteile und Falschmeldungen als Argumente gegen Europa verwendet werden. Diese Dokumentation soll Europa-Wahlkämpfern der CDU helfen, solchen „Euro-Enten“ wirksam zu begegnen.**

# I. Vorurteile

## 1. Vorurteile gegen die Notwendigkeit der Fortsetzung der europäischen Einigung

**Vorurteil: Nach der Wiedervereinigung sei Deutschland nicht mehr auf Europa angewiesen**

**Richtig ist:** Wir Deutschen in der Mitte Europas mit den meisten Grenzen und Nachbarn sind am meisten auf die europäische Einigung angewiesen. Durch sie haben wir nach dem Zweiten Weltkrieg das Vertrauen unserer Nachbarn erworben, die deshalb auch der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands zugestimmt haben. Nun trägt die Europäische Union bis 1999 mit etwa 34 Milliarden DM zum Wiederaufbau der neuen Bundesländer bei. Es zeigt sich also immer wieder, daß deutsche Einheit und europäische Einigung zwei Seiten derselben Medaille sind.

**Vorurteil: Ein Krieg in Westeuropa sei heute unmöglich. Eine weitere Einigung Europas zur Sicherung von Frieden und Freiheit sei nun nicht mehr nötig**

**Richtig ist:** Wie wir mit Schrecken erkennen müssen, ist das Gespenst des Nationalismus selbst in Westeuropa noch nicht endgültig verbannt. Auch nach dem Abkommen von Locarno im Jahre 1925 war die Welt überzeugt, daß der Frieden in Europa gesichert sei. Nur 14 Jahre später stürzte Hitler Europa und die Welt in den verheerendsten Krieg aller Zeiten.

Die europäische Einigung ist eine, wenn nicht sogar die Schicksalsfrage für Deutschland. Nur sie garantiert, daß Europa in 50 Jahren nicht zum gleichen Schlachtfeld wird, das es vor 50 Jahren war.

**Vorurteil: Eine Art gehobener Freihandelszone reiche aus, um Frieden und Freiheit auf Dauer in Europa zu sichern**

**Richtig ist:** Wir können, was wir bisher wirtschaftlich in der Europäischen Union gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn erreicht haben, auf Dauer nur dann bewahren, wenn wir es auch politisch absichern. Eine Wirtschafts- und Währungsunion ist nur dann auf Dauer lebensfähig, wenn sie sich auf eine politische Union stützen kann. Andernfalls werden die nationalen Interessen allmählich wieder auseinanderlaufen und alles, was bisher aufgebaut wurde, in Frage stellen. Ein eindrucksvolles Beispiel ist der „Krieg der Worte“ zwischen Großbritannien und Deutschland im September 1992, als das britische Pfund abwerten und den Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems verlassen mußte. Frieden, Freiheit und wirtschaftlicher Wohlstand im Europa des 21. Jahrhunderts stehen und fallen mit der fortschreitenden politischen Einigung Europas.

## 2. Vorurteile gegen Brüssel als bürokratischen und unkontrollierbaren zentralistischen Apparat

**Vorurteil: Ohne die EU wäre alles einfacher und billiger**

**Richtig ist:** Die EU ist mehr als ein lästiger Verwaltungsapparat, der sich um Bier und Bananen streitet. Die Vorteile der EU sind wirtschaftlicher und politischer Natur. Vor allem Deutschland profitiert von der EU-Mitgliedschaft. Wir sind auf den Handel in und mit der EU angewiesen. Mehr als die Hälfte aller deutschen Exporte geht in die Mitgliedstaaten. Fast jeder dritte Arbeitsplatz ist direkt abhängig vom gemeinsamen Wirtschaften in der EU. Ohne die EU wäre Deutschland ein sehr viel ärmeres Land. Noch wichtiger ist: Neben dem wirtschaftlichen Nutzen sichert die Europäische Union Freiheit und Wohlstand. Viele haben längst vergessen, was die EU schon alles für ihre Bürger erreicht hat: Ganz selbstverständlich reisen wir über die offenen Grenzen; wir Deutschen sind im Ausland wieder anerkannt; die Möglichkeit, in einem anderen europäischen Land zu leben und zu arbeiten, wird als ein ganz persönliches Recht betrachtet.

**Vorurteil: Die EU bestimme über die Köpfe der Deutschen hinweg**

**Richtig ist:** Die EU diktiert nicht „von oben herab“ Vorschriften, sondern setzt in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Mitgliedstaaten die europäi-schen Ziele um. Diese Ziele werden von den Vertretern der einzelnen Länder festgelegt, und die deutschen Minister und Experten vertreten durchaus unsere Interessen „in Brüssel“. Landes- und regionalspezifische Gesichtspunkte werden von der EU heute mehr als früher berücksichtigt. So achtet die EU die kulturellen, sozialen und politischen Unterschiede zwischen den Ländern und Regionen. Im Vertrag von Maastricht wurde dies als Grundprinzip der Subsidiarität ausdrücklich verankert. In der Praxis heißt das: Die EU mischt sich bei der Lösung einer Aufgabe dort nicht ein, wo ein Handeln auf nationaler und regionaler Ebene angemessener erscheint und einfacher ist. Auf diese Weise werden die Bedürfnisse der Bürger unmittelbar berücksichtigt.

## **Vorurteil: Die Bürger hätten bei der EU nichts zu sagen**

**Richtig ist:** Europa kann gar nicht ohne seine Bürger entscheiden, denn die EU besteht ja aus den Vertretern der einzelnen Staaten, die von den Bürgern selbst gewählt werden. Die Staats- und Regierungschefs der 12 Mitgliedstaaten entscheiden im Auftrag ihrer Regierungen über die europäi-schen Ziele und achten dabei genau auf die Interessen ihrer eigenen Länder. Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments werden direkt vom Bürger gewählt. Sie vertreten die Wähler unmittelbar. Das Europäische Parlament wurde durch folgende neue, im Vertrag von Maastricht festgelegte Rechte erheblich gestärkt:

- Das Europäische Parlament erhielt erstmals ein gleichberechtigtes Mitspracherecht bei der Ernennung der Europäischen Kommission.
- Das Europäische Parlament erhielt erstmals im neuen Mitentscheidungs-verfahren ein Vetorecht bei der Verabschiedung von europäischen Verord-nungen und Richtlinien.
- Das Europäische Parlament erhielt erstmals das Recht, Untersuchungsausschüsse einzusetzen, die Verstöße gegen europäisches Recht unter-suchen können.
- Das Europäische Parlament erhielt erstmals das Recht, von der Europäi-schen Kommission eine Rechnungslegung über alle Ausgaben zu fordern.
- Das Europäische Parlament erhielt erstmals ein indirektes Initiativrecht bei der europäischen Gesetzgebung.

## Vorurteil: Die EU wolle alles regeln

**Richtig ist:** Oft sind zentrale Regelungen unerlässlich, weil nationale Regelungen unzulänglich sind. Eine europäische Regelung ersetzt dann zwölf nationale Regelungen.

Immer wenn einige Länder die Vorschriften der anderen nicht gelten lassen oder sich benachteiligt fühlen, dann rufen sie die Europäische Kommission an. Sie soll dann eine Lösung finden. Manchmal geht es dabei um wirklich überflüssige Dinge. Auch die Deutschen scheinen zuweilen sehr kleinlich zu sein. Ein typisches Beispiel: Wer in Deutschland „Sauce hollandaise“ oder Butterkekse verkaufen will, muß sich streng nach den deutschen Rezeptvorschriften richten. Im Grunde geht es immer darum, daß jedes Land darauf besteht, daß seine Gesetze die besten sind. Bevor Sie die EU das nächste Mal kritisieren, sollten Sie an folgendes denken: Es sind immer wieder die einzelnen Staaten, die die Europäische Kommission zum Handeln zwingen.

## Vorurteil: Europa ist nicht für die Bürger, sondern nur für Politik und Wirtschaft da

**Richtig ist:** Das „Europa der Bürger“ ist nicht nur ein Schlagwort. Alle Bürger der Mitgliedstaaten erhielten am 1. November 1993 zusätzlich zu ihrer nationalen Staatsbürgerschaft eine europäische Unionsbürgerschaft. Sie dürfen an ihrem jeweiligen ständigen Wohnsitz innerhalb der Europäischen Union ab 1994 an den Wahlen zum Europäischen Parlament und ab 1995 an den Kommunalwahlen teilnehmen.

Europäische Unionsbürger können auch in Drittstaaten, in denen es keine diplomatische Vertretung ihres Heimatstaates gibt, den diplomatischen Schutz der Vertretung eines EU-Partnerstaates in Anspruch nehmen. Jeder Unionsbürger hat die Möglichkeit, sich an einen vom Europäischen Parlament gewählten Bürgerbeauftragten (Ombudsmann) zu wenden.

## Vorurteil: Mit Europa dürften wir nicht mehr Deutsche bleiben

**Richtig ist:** Maastricht bewahrt die nationale und regionale Identität in Europa, d.h. daß der Deutsche deutsch, der Brite britisch, der Belgier belgisch, der Sachse sächsisch bleibt. Zugleich sind wir aber alle Europäer. Der Schlüsselbegriff dazu heißt Subsidiarität: Das bedeutet, daß Entscheidungen dort gefällt werden, wo sie hingehören. So ist beispielsweise die Bildungspolitik in der Bundesrepublik seit jeher Sache der Länder gewesen,

und das bleibt auch so. Nur dort, wo es sinnvoll ist, übertragen die Mitgliedstaaten ihre Zuständigkeiten auf die europäische Ebene, wie es die CDU seit langem in der Asylpolitik fordert. Das Prinzip der Subsidiarität zieht sich wie ein roter Faden durch den Maastrichter Vertrag. So stärkt der neue Regionalausschuß der Europäischen Union sowohl die deutschen Bundesländer und die Regionen unserer Partner als auch die Städte und Gemeinden in Europa. Damit wird gewährleistet, daß auch die Hessen, Katalanen, Südtiroler und Walliser an der europäischen Gesetzgebung aktiv teilnehmen. Das ist die bürgernahe Politik, die unser Kanzler in Maastricht durchgesetzt hat.

### 3. Vorurteile über zu hohe Kosten

#### **Vorurteil: Die Deutschen seien die Zahlmeister Europas**

**Richtig ist:** Wir Deutschen sind keineswegs die Zahlmeister der EU; Europa lohnt sich vielmehr für uns Deutsche ganz besonders:

- Als rohstoffarmes, exportabhängiges Land brauchen wir zur Sicherung unserer Arbeitsplätze einen großen Absatzmarkt. Jeder sechste Arbeitsplatz bei uns hängt direkt vom Export in die EU ab. Zählt man die vier Beitrittsstaaten Österreich, Finnland, Schweden und Norwegen dazu (die Europäische Union ab dem 1. Januar 1995), ist es sogar fast jeder vierte Arbeitsplatz.
- Mit der Schaffung des Europäischen Binnenmarktes mit 340 Millionen Verbrauchern und durch stabile Wechselkurse als Ergebnis des Europäischen Währungssystems haben wir unsere Exportmärkte stabilisieren und damit die Arbeitsplätze im Export sicherer machen können.
- Gerade die neuen Bundesländer profitieren von den finanziellen Hilfen der EU. Sie erhalten durch das Gemeinschaftliche Förderkonzept (GFK) der Europäischen Kommission und der CDU-geführten Bundesregierung etwa 34 Milliarden DM bis 1999. Die Europäische Investitionsbank (EIB) stellt weitere Mittel zur Verfügung. Diese Gelder haben einen starken Anschubeffekt. Allein die im Rahmen der Regionalförderung bis 1993 vergebenen Gelder bewirkten eine Gesamtinvestition von über 43 Milliarden DM.

Neben handfesten wirtschaftlichen Vorteilen bietet uns die Europäische Union politische Vorteile, die sich nicht in Heller und Pfennig umrechnen lassen. Für Deutschland in der Mitte Europas garantiert die feste Veran-

kerung im westlichen Bündnis und in der Europäischen Union Frieden in Freiheit.

### **Vorurteil: Die Europäische Union gebe Unsummen für Personal und Verwaltung aus**

**Richtig ist:** Der EU-Haushalt macht gerade 1,4 Prozent des europäischen Bruttosozialprodukts aus, das sind 2,4 Prozent aller öffentlichen Ausgaben in der EU. Nur ein kleiner Bruchteil dieses EU-Haushalts (lediglich 5 Prozent) wird für Personal und Verwaltung ausgegeben. Mit diesem geringen Anteil wird nicht nur die Europäische Kommission in Brüssel bezahlt, sondern auch das Generalsekretariat des Ministerrates, das Europäische Parlament in Straßburg, der Gerichtshof in Luxemburg und die vielen Einrichtungen und Delegationen der EU auf der ganzen Welt. Insgesamt arbeiten für die Europäische Kommission rund 16.000 Beamte. Das ist im Grunde wesentlich weniger, als z.B. die gesamte Verwaltungsbehörde der Stadt Frankfurt beschäftigt. Allein ein Viertel des gesamten Personals ist mit Übersetzungs- und Dolmetscheraufgaben beschäftigt. Dadurch schrumpft der Anteil der sogenannten „Eurokraten“ auf eine kleine Zahl zusammen.

### **Vorurteil: Die 99 deutschen Europaabgeordneten kosteten zu viel**

**Richtig ist:** Die 99 deutschen Europa-Abgeordneten kosten jeden Wahlberechtigten gerade drei Pfennig im Monat.

## 4. Vorurteile im Bereich der Wirtschaft und Währung

### **Vorurteil: Der Europäische Binnenmarkt und die Währungsunion würden deutsche Arbeitsplätze vernichten**

**Richtig ist:** Fast jeder dritte Arbeitnehmer wäre ohne Arbeit, wenn wir unsere Produkte nicht mehr an unsere Partner in Europa und Übersee verkaufen könnten. Von entscheidender Bedeutung ist, daß nun mit der am 1. Januar 1994 begonnenen zweiten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion verbindliche Stabilitätsprogramme für alle EU-Mitgliedsstaaten festgelegt

werden. Bereits die bis 1993 unverbindlichen Stabilisierungsprogramme haben unsere wichtigsten Handelspartner wirtschaftlich gestärkt. Stabile Absatzmärkte in Europa bedeuten sichere Arbeitsplätze in Deutschland.

Politische und wirtschaftliche Stabilität bei unseren europäischen Nachbarn sind die Voraussetzungen dafür, daß unsere Exporte in diese Länder, die heute mehr als die Hälfte, ab 1995 mit den neuen Beitrittsländern über 70 Prozent unserer Gesamtexporte ausmachen, ausgebaut werden können. Das bedeutet für uns in Deutschland: Sicherung von Arbeitsplätzen in einer schweren Zeit.

### **Vorurteil: Europa leide unter einer wirtschaftlichen Sklerose**

**Richtig ist:** Die Leistungsfähigkeit Deutschlands und Europas ist nicht schlechter geworden, aber andere sind besser geworden. Die EU muß sich angesichts neuer Konkurrenten in Mittel- und Osteuropa und der dynamischen Volkswirtschaften in Südostasien anstrengen, um im weltweiten Wettbewerb bestehen zu können. So wie das Binnenmarktprojekt und die Forschungsinitiative Eureka Europa in den achtziger Jahren Schwung gegeben hat, werden die Initiativen zur Standortsicherung im Weißbuch, die Erweiterung um die neuen Beitrittsländer 1995 sowie die schrittweise Verwirklichung der Wirtschaft- und Währungsunion unter Einhaltung der strengen Stabilitätskriterien dazu beitragen, daß Europa auch im 21. Jahrhundert mit an der Spitze der wirtschaftlich-technologischen Entwicklung stehen wird.

### **Vorurteil: Der Binnenmarkt führe zu einer „Festung Europa“**

**Richtig ist:** Der Binnenmarkt erleichtert den Zugang zum europäischen Markt, da jetzt nur noch einmal die Zulassung für Produkte und Firmenniederlassungen für alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union erworben werden muß. Außerdem hat die Europäische Union zum erfolgreichen Abschluß der Uruguayrunde des GATT bei Wahrung der Interessen der Landwirte in Europa beigetragen: Niedrige Einfuhrzölle sind ein Wachstumsimpuls für die Weltwirtschaft, schaffen neue Arbeitsplätze und erleichtern den Entwicklungsländern eine selbsttragende Wirtschaftsentwicklung durch steigende Exporte.

### **Vorurteil: Die Europäische Union sei ein exklusiver Club der Reichen**

**Richtig ist:** Europa hat sich auch ärmeren Länder geöffnet, wie z.B. 1973 Irland, 1981 Griechenland und 1986 Spanien und Portugal. Beim Kopenhagener Gipfel im Juni 1993 hat die EU angekündigt, daß sie auch den assoziierten Staaten Mittel- und Osteuropas offenstehen wird.

## Vorurteil: **Wir opferten unsere Deutsche Mark**

**Richtig ist:** Wir verlieren unsere Mark nicht, weil die Euro-Währung all das beinhalten wird, was die D-Mark ausmacht und wofür sie steht.

Worauf kommt es tatsächlich an? Die gemeinsame Währung wird genauso hart sein wie die Mark, denn nur wer die strengen Stabilitätskriterien erfüllt, kann an der Euro-Währung teilnehmen. Alles andere ist sentimentaler Quatsch oder bewußte Irreführung. Am 1. Januar 1994 hat das Europäische Währungsinstitut (EWI), der Vorläufer der Europäischen Zentralbank (EZB), seine Arbeit in Frankfurt am Main aufgenommen. Ab 1999 wird eine einheitliche europäische Währung in denjenigen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union schrittweise eingeführt, die die strengen Stabilitätskriterien für Geldwertstabilität und niedrige Verschuldung erfüllen. Nach gegenwärtigem Stand werden dies voraussichtlich nur Hartwährungsländer wie Deutschland, Frankreich, Luxemburg, Niederlande und Dänemark sein. Damit ist sichergestellt, daß die künftige europäische Währung alle Chancen hat, mindestens genauso stabil zu sein wie die D-Mark.

- Die Staatsverschuldung von Teilnehmerstaaten darf 60 Prozent des Bruttosozialprodukts nicht überschreiten, die Neuverschuldung nicht höher sein als 3 Prozent des Volkseinkommens, die Inflation nicht mehr als 1,5 Prozent über dem Durchschnitt der drei preisstabilsten Staaten liegen.
- Die Europäische Zentralbank (EZB) wird nach dem Vorbild der Deutschen Bundesbank von politischen Weisungen unabhängig und nur dem Geldwert verpflichtet sein.
- Der Sitz der Europäischen Zentralbank (EZB) in der deutschen Finanzmetropole Frankfurt am Main signalisiert: Die europäische Geldpolitik steht in der Tradition der stabilitätsorientierten Politik der Deutschen Bundesbank.
- Die europäische Währung wird hart sein, weil auch nach Beginn der Währungsunion Stabilitätspolitik notfalls mit Sanktionen gegen die einzelnen Mitgliedsstaaten durchgesetzt wird.
- Durch den Beginn der Europäischen Union gilt auch für uns die

europäische Verpflichtung zur Inflationsbekämpfung und einer stabilitätsorientierten Haushaltspolitik.

- Beim Tausch von D-Mark in die europäische Währung handelt es sich nicht um eine Währungsreform, sondern lediglich um eine technische Währungsumstellung — bei der Geldwert und Kaufkraft voll erhalten bleiben.

## **Vorurteil: Europa bringe den Arbeitnehmern keine neuen Rechte**

**Richtig ist:** Mit dem Maastrichter Vertrag ist die Grundlage für die Sozialunion gelegt worden. Alle Mitgliedsstaaten (bis auf Großbritannien) können nun soziale Rechtsvorschriften ebenfalls mit Mehrheitsentscheidungen beschließen. Die Mehrheitsentscheidung wird nunmehr in der europäischen Sozialgesetzgebung eher die Regel als die Ausnahme sein. Die Sozialcharta und das Soziale Aktionsprogramm der Europäischen Union können nun zügig ins nationale Recht umgesetzt werden.

## 5. Vorurteile im Bereich der Zusammenarbeit in der Innenpolitik

### **Vorurteil: Europa bringe neue Asylanten mit sich**

**Richtig ist:** Die Belastung der einzelnen europäischen Länder war sehr unterschiedlich. Während 1992 in Deutschland etwa eine halbe Million Menschen ins Land kamen, waren es in Großbritannien und Frankreich jeweils nur etwa 40.000, in Irland nicht einmal zwei Dutzend. Dies war ein unhaltbarer Zustand. Nur Europa schützt uns nun wirksam vor Asylmißbrauch. Heute können wir Asylbewerber in unsere Nachbarländer zurückschicken, damit sie dort ihr Verfahren betreiben. Der Erfolg ist erstaunlich: Die Asylbewerberzahlen insgesamt sind um etwa 70 Prozent zurückgegangen, die Zahl bulgarischer Asylbewerber seit April 1993 um 92 Prozent, die Zahl rumänischer Asylbewerber sogar um 94 Prozent. Ohne den Wunsch dieser Staaten und aller unserer Nachbarn im Osten, Mitglied in der Europäischen Union zu werden, wären diese Erfolge niemals möglich geworden. Europa lohnt sich für uns Deutsche. Darüber hinaus wollen wir spätestens bei der Regierungskonferenz im Jahre 1996 ein einheitliches Asylrecht und eine gemeinschaftliche Flüchtlingspolitik durchsetzen.

## **Vorurteil: Mit den offenen Grenzen in Europa gerate das internationale Verbrechen außer Kontrolle**

**Richtig ist:** Mit der Europäischen Union können moderne, wirksame Methoden der internationalen Verbrechensbekämpfung eingesetzt werden. Mit Europol mit Sitz in Den Haag wird ein europäisches Kriminalamt aufgebaut, das die Bekämpfung des organisierten Verbrechens und der Drogenmafia über Grenzen hinweg durch Informationsaustausch sichert. Schwerpunktaufgabe in der ersten Phase ist die Bekämpfung des internationalen Drogenhandels durch den Aufbau von Informationsdateien, die Herstellung von Lagebildern, die Ausarbeitung von Vorbeugungsstrategien und die Unterstützung der nationalen Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden.

## 6. Vorurteile gegen niedrige europäische Verbraucher- und Umweltschutzstandards

### **Vorurteil: Europa verwässere den Verbraucherschutz**

**Richtig ist:** Die wirtschaftlichen und rechtlichen Interessen der Verbraucher werden in der gesamten Europäischen Union einheitlich vor unlauteren und fahrlässigen Praktiken der Lieferanten geschützt. Ein „europäischer Sockel“ von Garantien wurde bereits verabschiedet, der sich auf irreführende Werbung, Haustürgeschäfte, Produzentenhaftung, Verbraucherkredite und Pauschalreisen bezieht. Die Verbraucher werden ihre Rechte vor Gericht geltend machen können und Zugang zu möglichst vielen Informationen haben, insbesondere damit sie vor einer Kaufentscheidung Vergleichsmöglichkeiten haben.

### **Vorurteil: Europa zwingt die Deutschen, ihre hohen Standards im Umweltschutz abzubauen**

**Richtig ist:** Die EU legt lediglich Mindeststandards für den Umweltschutz fest. Die Deutschen können auch in Zukunft für sich höhere Umweltschutznormen festlegen. Die CDU-geführte Bundesregierung konnte in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission durchsetzen, daß bleifreies Benzin europaweit gegen den Widerstand vor allem südlicher EU-Mitgliedsstaaten eingeführt wurde.

## 7. Innerdeutsches Vorurteil gegen Europa

### **Vorurteil: Europa bringe vor allem den alten Bundesländern etwas**

**Richtig ist:** Europa bringt 10 Pluspunkte für die neuen Bundesländer

- Erst die europäische Einigung hat uns die entscheidende Zustimmung aller unserer Nachbarn für eine Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit gebracht.
- Mit dem Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland wurden die Bewohner der neuen Bundesländer zeitgleich zu europäischen Bürgern mit allen damit zusammenhängenden Rechten. Langwierige Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union waren nicht notwendig.
- Mit der Deutschen Einheit sind die Bewohner der neuen Bundesländer mit 18 Vertretern im Europäischen Parlament repräsentiert, die ab den Europawahlen am 12. Juni 1994 ebenfalls direkt vom Volk gewählt und damit volle Abgeordnetenrechte haben werden.
- Zwischen 1991 und 1993 wurden die neuen Bundesländer bereits mit Milliarden DM von der Europäischen Union unterstützt.
- Ab 1994 sind die neuen Bundesländer als sogenanntes Ziel-I-Gebiet besonders förderungswürdig. Der Wiederaufbau der neuen Bundesländer wird bis 1999 mit weiteren 28 Milliarden DM aus europäischen Mitteln gefördert. Aus alten und maroden Betrieben werden neue und wettbewerbsfähige Unternehmen gemacht. Damit werden Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen. Die Europäische Union fördert z. B.:
  - ▶ die Renovierung des Dresdner Hauptbahnhofs, der zu den bedeutendsten und größten Bahnhofsbauten der Gründerzeit in Deutschland gehört,
  - ▶ die Erschließung eines neuen Gewerbegebiets in Bad Doberan,
  - ▶ die Sanierung des alten Freibads in Ilsenburg,
  - ▶ die Entstehung einer nagelneuen Betriebsstätte eines Fertighaus-Unternehmens in Linthe, Kreis Belgig,
  - ▶ Der Maschinenbaubetrieb in Babelsberg wird zum Modell für andere ostdeutsche Betriebe.
- Die Europäische Union hat im Juni 1993 bei ihrem Gipfel in Kopenhagen beschlossen, auch die Staaten Mittel- und Osteuropas nach Erreichen der politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen in die Europäische Union

als Vollmitglieder aufzunehmen. Damit werden die neuen Bundesländer mittelfristig von einer Randzone in der EU politisch und wirtschaftlich zu einer Region im Herzen Europas.

- Mit dem Inkrafttreten der Europäischen Union können nun transeuropäische Netze im Bereich des Verkehrs und der Telekommunikation geschaffen werden. Diese schließen ausdrücklich die neuen Bundesländer und die Staaten Mittel- und Osteuropas ein. Die traditionell guten Handelsbeziehungen der neuen Bundesländer mit den Staaten Mittel- und Osteuropas können sich wieder intensivieren und zum raschen Wiederaufbau der neuen Bundesländer beitragen.
- Mit dem Start der Europäischen Union wurde auf europäischer Ebene die Zusammenarbeit im Bereich der Innen- und Justizpolitik (ZIJP) EU-weit verbindlich eingeführt. Insbesondere die strengere Kontrolle von Außengrenzen, die gemeinsame europäische Visapolitik und eine gemeinsame Asylpolitik begrenzen den Einwanderungsdruck nach Deutschland an unserer Ostgrenze.
- Mit dem Beginn der EU-weiten Zusammenarbeit in der ZIJP kann nun das international organisierte Verbrechen wirksam bekämpft werden. Insbesondere durch Verstärkung der Kontrollen an den Außengrenzen der EU, z.B. gegenüber Polen und Tschechien, und durch das gemeinsame Informations- und Fahndungsnetz im Rahmen des europäischen Kriminalamts Europol in Den Haag können internationale Drogenringe, Mafiaorganisationen, Schugglerbanden und Schieberringe von gestohlenen Autos wirksam bekämpft werden.
- Mit dem Beginn der Europäischen Union wurde die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) eingeführt. Europa bekommt Schritt für Schritt die Instrumente, um für Sicherheit und Stabilität in Mittel- und Osteuropa zu sorgen. Politische und wirtschaftliche Stabilität in Mittel- und Osteuropa fördert die Wirtschaft der neuen Bundesländer und verhindert eine Massenzuwanderung von Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlingen.

## II. Falschmeldungen

**Falschmeldung: Die Europäische Kommission habe beschlossen, daß nur Äpfel von einer bestimmten Größe verkauft werden dürften**

**Richtig ist:** Eine Mindestgröße für die Vermarktung von Äpfeln in Deutschland gibt es schon seit Jahren, denn nur große und schöne Äpfel werden von den Kunden auch gekauft. Die kleinen Äpfel mit den braunen Flecken bleiben liegen. Der Verkauf von Äpfeln einer niedrigeren Güteklasse lohnt sich für die Geschäfte einfach nicht. Die EU hat sich lediglich auf eine gemeinsame Größe geeinigt, um den Handel im Binnenmarkt zu vereinfachen. Sie hat nie verboten, kleine Äpfel zu verkaufen.

**Falschmeldung: Die EU wollte den Interrail-Paß abschaffen**

**Richtig ist:** Die Bahngesellschaften im Süden Europas drohten mit der Kündigung des Interrail-Paß-Abkommens, weil sie einen größeren Anteil an den Einnahmen haben wollten, weil die Interrail-Fahrer vor allem in den Süden Europas fahren. Inzwischen haben sich die europäischen Bahngesellschaften geeinigt. Den Interrail-Paß wird es auch in Zukunft geben.

**Falschmeldung: Der Gamsbart und die Fasanenfeder sollten als bayerischer Hutschmuck verboten werden**

**Richtig ist:** Die Europäische Kommission hat einen Vorschlag vorgelegt, wie der Handel mit Exemplaren wildlebender Tier- und Pflanzenarten im künftigen Binnenmarkt geregelt werden soll. Damit soll der in Rio de Janeiro im Juni 1993 weltweit vereinbarte Artenschutz auch in der Praxis durchgesetzt werden. Die traditionelle Hutzierde der Bayern bleibt allerdings unangetastet.

**Falschmeldung: Die Europäische Union habe für alle Mitgliedstaaten die Größe und das Gewicht für Mülltonnen festgelegt**

**Richtig ist:** Eine belgische und eine niederländische Stadt haben eine bestimmte Qualität von Mülltüten für ihren Abfall festgelegt. Die EU hat lediglich dafür gesorgt, daß auch Müllsäcke aus anderen Ländern, die den Vorschriften der Städte entsprechen, weiterhin dort benützt und deponiert werden dürfen.

**Falschmeldung: Die europäische Richtlinie über die Herstellung von Karamelbonbons umfasse 200 Seiten**

**Richtig ist:** Eine solche Richtlinie hat es nie gegeben.

**Falschmeldung: Europa wollte das deutsch Reinheitsgebot beim Bier abschaffen**

**Richtig ist:** Mit dem Start des Binnenmarkts dürfen auch Biere, die nicht nach dem deutschen Reinheitsgebot gebraut wurden, nach Deutschland eingeführt werden. In Deutschland darf auch in Zukunft nur nach dem deutschen Reinheitsgebot gebraut werden.

**Falschmeldung: Deutsch sei nicht gleichberechtigte Sprache in der Europäischen Kommission**

**Richtig ist:** Grundsätzlich gibt es keine Diskriminierung der Sprachen der Mitgliedstaaten in der Europäischen Union, d.h. alle neun Nationalsprachen sind zugleich Amtssprachen der Europäischen Union. Im Alltagsbetrieb hat sich allerdings die französische Sprache besonders im Rechtsbereich und die englische Sprache im wirtschaftlichen Bereich fest etabliert. Bundeskanzler Helmut Kohl hat sich von Anfang seiner Amtszeit an für die Verwendung der deutschen Sprache in den europäischen Institutionen eingesetzt. Am 24. September 1993 wurde offiziell bestätigt, daß nun Deutsch neben Englisch und Französisch gleichberechtigte Arbeitssprache in der Europäischen Kommission ist.

**Falschmeldung: Die Europäische Union ruiniere die niedersächsischen Schweinezüchter**

**Richtig ist:** Die EU hat ein landesweites Ausfuhrverbot für lebende Schweine verhängt, weil die SPD-geführte Landesregierung von Niedersachsen nicht fähig war, die Schweinepest durch einen strengen Veterinär-dienst nach Ausbruch zu begrenzen und durch Kontrollen den illegalen

Export von kranken Schweinen in andere Bundesländer zu verhindern. Die EU hat durch ihre Maßnahmen verhindert, daß die Schweinepest sich auf ganz Deutschland ausdehnte. In dem Fall hätte nämlich ganz Deutschland zum Sperrbezirk erklärt werden müssen.

### **Falschmeldung: Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts am 12. Oktober 1993 habe den Maastrichter Vertrag völlig verändert**

**Richtig ist:** Alle bis auf eine Verfassungsbeschwerde wurden von vornherein nicht zugelassen, und diese wurde als unbegründet abgelehnt. In seinem Urteil folgte das Bundesverfassungsgericht z. T. wortwörtlich den Ausführungen der Bundesregierung.

### **Falschmeldung: Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts verbiete die Fortentwicklung der Europäischen Union zu einem europäischen Bundesstaat**

**Richtig ist:** Das Bundesverfassungsgericht schreibt in seinem Urteil, daß es sich mit dieser Frage gar nicht zu beschäftigen hatte, sondern lediglich mit der Frage, ob der Maastrichter Vertrag mit dem Grundgesetz vereinbar sei. Das hat das Bundesverfassungsgericht uneingeschränkt bestätigt und damit den Startschuß für die Europäische Union am 1. November 1993 freigegeben. Entscheidend für die weitere europäische Einigung ist nach Urteil des Bundesverfassungsgerichts, daß eine lebendige Demokratie in Deutschland erhalten bleibt.